



Konsultation zu der Ausgestaltung der Überlassungsentgelte

Stellungnahme von Vodafone

26. März 2021

Die Bundesregierung strebt eine flächendeckende Versorgung mit mobilen und breitbandigen Sprach- und Datendiensten an und hat hierzu den Entwurf der Mobilfunkförderrichtlinie im Sommer letzten Jahres veröffentlicht und konsultiert. Der Entwurf befindet sich aktuell noch in der Notifizierung bei der Europäischen Kommission. Im Rahmen der Maßnahme werden die Errichtung und der Betrieb der passiven Infrastruktur (Mobilfunkmasten einschließlich unbeschalteter Glasfaser-Anbindung) gefördert. Dabei soll im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitslückenförderung ein Fördersatz von regelmäßig (bis zu) 90 Prozent gelten, in begründeten Fällen sogar von bis zu 99 Prozent.

Für die Akzeptanz des Förderprogramms durch die Mobilfunknetzbetreiber (MNB) kommt der Festlegung der Überlassungsentgelte für die Nutzung der geförderten passiven Infrastruktur zentrale Bedeutung zu. Auf Grundlage einer vom WIK im Auftrag des BMVI erstellten Kurzstudie zur Höhe der Überlassungsentgelte und zum Themenkomplex des Übergabepunktes beabsichtigt das BMVI, für alle geförderten Standorte ein einheitliches jährliches Überlassungsentgelt in Höhe von 2.156 Euro pro Standort festzulegen. Dieses Überlassungsentgelt soll während der gesamten Zweckbindungsfrist der geförderten Standorte konstant bleiben und ihre diskriminierungsfreie Nutzung sicherstellen. Das Überlassungsentgelt soll dabei die marktübliche Nutzung aller geförderte passiven Infrastrukturen, einschließlich Leerrohrkapazität, unbeschalteter Glasfaser (dark fiber), Stromanbindung und Zuwegung abdecken.

Vodafone bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zu der vorgesehenen Festlegung einheitlicher Überlassungsentgelte. Anlässlich der Konsultation möchten wir (erneut) auf folgende Punkte eingehen, die für den erfolgreichen Start der Mobilfunkförderung des Bundes und eine hinreichende Akzeptanz durch die MNB in der weiteren Ausgestaltung zwingend Berücksichtigung finden sollten:

- **MNBs brauchen Planungssicherheit – langfristige Entgeltstabilität vorsehen**

Die MNB müssen Planungssicherheit bei der Nutzung geförderter Mobilfunkmasten und der zugehörigen, von ihnen auf eigene Kosten zu installierenden aktiven Mobilfunktechnik haben, damit das Mobilfunkförderprogramm des Bundes erfolgreich wird. Daher begrüßen wir die Festlegung eines einheitlichen Nutzungsentgeltes für alle Standorte einschließlich der ebenfalls geförderten Anbindungsinfrastruktur in der in der WIK-Kurzstudie ermittelten Höhe von 2.156 Euro pro Standort und Jahr. Dies entspricht der Vorgabe in Nr. 1.1. des Entwurfs der Förderrichtlinie, wonach die Zurverfügungstellung der geförderten Standorte an die MNB „zu geringen Nutzungsentgelten“ zu erfolgen hat. Jedoch sieht der aktuelle Entwurf der Mobilfunkförderrichtlinie unter 4.2 vor, dass im Rahmen der mit der MIG abgeschlossenen Vorverträge einheitliche und diskriminierungsfreie Konditionen der Standortnutzung lediglich für

die ersten sieben Jahre nach Beginn des Regelbetriebs am geförderten Standort (Zweckbindungsfrist) festgelegt werden sollen, und auch die WIK-Kurzstudie legt zur Deckung der Wirtschaftlichkeitslücke eben sieben Jahre an, mit dem Ergebnis der Festsetzung eines einheitlichen jährlichen Überlassungsentgeltes in Höhe von 2.156 Euro pro Standort. Die Kurzstudie erkennt ferner auch an, dass im Falle einer Nutzung eines Standorts durch mehrere MNB sich das einheitliche Überlassungsentgelt richtigerweise gleichmäßig auf alle MNB verteilen müsste und sich ggf. im Laufe der Zweckbindungsfrist auch ändern kann. Daneben weist die Kurzstudie jedoch darauf hin, dass das Entgelt nach Ablauf der siebenjährigen Zweckbindungsfrist der wettbewerblichen Aushandlung unterworfen sei.

Die Fixierung der Nutzungsentgelte auf die sieben Jahre Zweckbindungsfrist im Entwurf der Förderrichtlinie und dann auch im Rahmen der Kurzstudie greift jedoch zu kurz und entspricht nicht der gängigen Praxis langfristiger vertraglicher Vereinbarungen und Entgeltabreden für die Nutzung von Mobilfunkstandorten. Sie widerspricht eklatant dem zwingenden Erfordernis von langfristiger Entgeltklarheit und kalkulierbaren Preisen für die MNB. Vielmehr wären die MNB nach Ablauf der sieben Jahre aufgrund der getätigten Investitionen für die aktive Technik damit im Zweifel gezwungen, ein ungerechtfertigt überhöhtes Nutzungsentgelt zu akzeptieren, um die geschaffene Mobilfunkversorgung aufrecht erhalten zu können und es nicht zu gestrandeten Investitionen kommt.

Vor dem Hintergrund, dass es sich um Standorte handelt, die für die MNBs aktuell und auch zukünftig nicht wirtschaftlich errichtet und betrieben werden können, und erhebliche eigene Investitionen für die Ausstattung mit aktiver Technik und deren Betrieb nötig sind – die Kurzstudie rechnet bei Versorgung aller weißen Flecken mit jährlichen Verlusten von über 100 Mio. € für alle MNBs¹ – sollten bereits im Rahmen der vorgelagert mit der MIG abzuschließenden Vorverträge einheitliche Nutzungsentgelte für eine Dauer von deutlich länger als sieben Jahren vorgesehen werden. Denkbar wäre hier etwa eine Festlegung der Laufzeit von mindestens 20 Jahren, wie sie auch am Markt üblich ist. Das führt zu einer verbesserten Versorgungssicherheit für die Zukunft und damit zugleich auch einer langfristigen Perspektive für den Erhalt des Standorts. Eine solche Vereinbarung wäre damit nicht nur im Interesse der MNB, sondern gerade auch der Standortbetreiber (Turmgesellschaften), für die sie ebenfalls Planungssicherheit schaffen würde.

In Bezug auf die Standortbetreiber ist dabei zu berücksichtigen, dass ihre Investitionskosten für die Errichtung der passiven Infrastruktur ohnehin bereits (weitestgehend) über die Förderung abgedeckt werden und sie damit kommerziell kaum Risiken eingehen, sie zum anderen aber über die Überlassung an MNB hinaus, etwa durch Vermarktung an Dritte, nicht unerhebliche zusätzliche Einnahmen erzielen können.

Unberücksichtigt lässt die WIK-Kurzstudie in diesem Zusammenhang, dass gemäß Entwurf der Förderrichtlinie auch Grunderwerbskosten der für die geförderten Mobilfunkstandorte benötigten Liegenschaften zu den förderfähigen Ausgaben gehören können. Das WIK geht hingegen allein von einer Grundstücksmiete und den diesbezüglichen Kosten aus, die – neben Betriebs- und

¹ Siehe S. 9 der Studie: „Wenn alle weißen Flecken, die in der Versorgungs- und Kostenstudie genannt sind, versorgt werden, ist bei den Mobilfunknetzbetreibern mit Verlusten von über 100 Mio. Euro pro Jahr in der Förderperiode zu rechnen.“

Wartungskosten – für einen kostendeckenden Standortbetrieb auch über die Zweckbindungsfrist hinaus in das Überlassungsentgelt einfließen müssten. Dies ist jedoch mit Blick auf die Möglichkeit eines geförderten Grunderwerbs alles andere als zwingend. Aus Sicht der Standortbetreiber wird ein Grundstückserwerb gegenüber einer Grundstückspacht bzw. -miete sogar häufig die präferierte Alternative sein. Auch insofern ist mit Blick auf Wirtschaftlichkeitserwägungen und Anreize für die Standortbetreiber nicht ersichtlich, weshalb die Möglichkeit einer langfristigen Stabilität der von den MNB zu entrichtenden Überlassungsentgelte ausscheiden sollte.

- **weitere Anreize für Standortnutzung durch MNB schaffen**

Das Entgeltmodell sollte Anreize dafür setzen, dass möglichst viele MNB die geförderten Standorte nutzen. Dazu gehört unseres Erachtens neben der vorgesehenen Anpassung der jeweiligen Überlassungsentgelte in Abhängigkeit von der Zahl der einen Standort nutzenden MNB, dass die MNB bessergestellt werden sollten, die bereit sind, einen Vorvertrag abzuschließen. Sie müssen einen Vorteil haben gegenüber den MNB, die sich erst nach Inbetriebnahme des Standorts für eine Nutzung entscheiden („First Mover“-Vorteil). Dies kann zum Beispiel dadurch erfolgen, dass First Mover einen Rabatt gegenüber der Regelmiete erhalten.

Wie vom BMVI zudem zutreffend ausgeführt, können freiwillige Kooperationen der MNB untereinander dazu beitragen, die Kosten jedes einzelnen Betreibers für die aktive Technik zu senken und mehr Mobilfunkkunden durch die geförderte Infrastruktur zu versorgen. Diese Kooperationen könnten durch sog. Active Sharings realisiert werden, bei denen die aktive Technik einschließlich der Anbindungskapazität sowie ggf. auch Spektrum gemeinsam von mehreren MNB genutzt wird. Für die konkrete Ausgestaltung sind verschiedene Ansätze denkbar, deren etwaige Umsetzung in jedem Fall auf freiwilliger Basis zwischen den MNB vereinbart werden sollte. Entscheidend ist, dass die Förderrichtlinie oder ergänzende Dokumente solche Kooperationen nicht ausschließen.

- **Möglichkeit der Richtfunkanbindung sichert Wettbewerb**

Es erscheint uns wichtig, dass im Zuge der staatlichen Förderung die bestmögliche Anbindung von Standorten per Glasfaser angestrebt wird. Gleichzeitig bestätigt die Förderrichtlinie, dass auch eine Richtfunkanbindung eine mögliche Option für die Anbindung sein kann. Deshalb begrüßen wir es, dass die geförderten Trägerinfrastrukturen so zu dimensionieren sind, dass hinreichende Vorkehrungen für den Betrieb von mindestens zwei Richtfunkstrecken getroffen werden.²

Es schießt allerdings über das Ziel hinaus, wenn Richtfunkanbindungen nur „im Ausnahmefall“ und nach Festlegung im vorgelagerten Verfahren möglich sein sollen. Zwar soll die Anbindung eines Mobilfunkstandortes mit Glasfaser bis zu einem vorab festzulegenden geeigneten Übergabepunkt gefördert werden und – so auch die insoweit zu begrüßende Empfehlung der WIK-Kurzstudie – großen Anbindungslängen über gesteigerte Fördersätze Rechnung getragen werden („in begründeten Fällen bis zu 99 Prozent der Ausgaben“). Die Einschränkung, dass ein Standort nur

² siehe Ziff. 4. Richtfunk im Dokument „Anforderungen an passive Infrastrukturen im Rahmen der Mobilfunkförderung“. Dies erlaubt den Betreibern der passiven Infrastruktur zudem eine über die Überlassung der Standorte an MNB hinausgehende Vermarktung an Dritte.

„im Ausnahmefall“ mit Richtfunk anzubinden ist, verkennt aber die geografischen und topologischen Herausforderungen, die mit der Anbindung von Standorten in diesen bisher aus wirtschaftlichen Gründen noch nicht versorgten Gebieten einhergeht. Eine aus unserer Sicht auch technisch unnötige weitgehende Limitierung auf Glasfaseranbindungen ist daher nicht angezeigt, zumal regelmäßig auch über Richtfunk eine sehr gute Anbindungskapazität für eine Mobilfunkversorgung „mit mindestens 4G“ sichergestellt werden kann. Die für das BMVI erstellte Kostenstudie von 2019 war zu dem Ergebnis gekommen, dass bei einer Anbindung der prognostizierten etwa 4.700 Basisstationen mit Glasfaser Gesamtkosten in einer Größenordnung von 2,1 Mrd. Euro zu erwarten sind, was offensichtlich den Rahmen des beim Mobilfunkgipfel beschlossenen Förderprogramms in Höhe von 1,1 Mrd. sprengt.³ Demgegenüber stehen bei einer Anbindung aller geförderten Standorte per Richtfunk Kosten in Höhe von 642 Mio. Euro.

Ein wichtiger Aspekt ist in diesem Zusammenhang auch, dass der Wettbewerber, der bei der Glasfaseranbindung im Vergleich zu anderen Bewerbern in ungleich größerem Maße auf vorhandene (eigene) Glasfaser zurückgreifen kann, zukünftige Ausschreibungsverfahren dominieren wird, wenn der Grundsatz ausgegeben werden sollte, dass die Anbindung der geförderten Masten nahezu ausschließlich über Glasfaser erfolgen soll.

Im Sinne der Chancengleichheit sollte der Richtliniengeber auch sicherstellen, dass der Betrieb und die Anschaffung der aktiven Technik für eine Richtfunkstrecke (lt. Kostenstudie schlägt letzteres mit 16.000 EUR zu Buche) förderfähig ist. Auf diese Weise würde sichergestellt, dass MNB einen Mast nutzen können, der bereits per Glasfaseranbindung erschlossen ist, welche der betreffende MNB faktisch nicht diskriminierungsfrei für die Anbindung in sein rückwärtiges Netz nutzen kann. Zugleich wird diese Maßnahme dazu beitragen, dass aus weißen Flecken nicht lediglich graue Flecken werden.

In jedem Fall muss den MNB daher die Möglichkeit einer Anbindung über Richtfunk immer dann offenstehen, wenn diese für sie kostengünstiger zu realisieren ist als die Nutzung einer (ggf. von Dritten anzumietenden) Glasfaseranbindung von dem Übergabepunkt der geförderten passiven Infrastruktur zu seinem rückwärtigen Netz (s. dazu auch sogleich).

- **diskriminierungsfreie Festlegung der Übergabepunkte und Zugang zur Glasfaseranbindung**

Neben den Kosten für aktive Technik kommen auf die MNB regelmäßig auch nicht unerhebliche Kosten für die Anbindung zu, um einen Standort mit ihrem rückwärtigen Netz zu verbinden und diesen für eine Mobilfunkversorgung nutzbar zu machen. Auch wenn sich vorliegend die Förderung der passiven Infrastruktur auf die Anbindung mit unbeschalteter Glasfaser bis zu einem festzulegenden Übergabepunkt erstrecken soll, ergeben sich für die Erschließung dieses Übergabepunktes durch die MNB und die Realisierung der Datenübertragung weitere Kosten – jedenfalls dann, wenn die Anbindung nicht direkt in ein Glasfasernetz eines MNB erfolgen kann.

Diesen Umstand benennt die WIK-Kurzstudie zwar ebenso wie den MNB-seitigen Bedarf eines Angebots entsprechender Bandbreitenprodukte zu inkrementellen Kosten zumindest in

³ Abschlussbericht zur Versorgungs- und Kostenstudie Mobilfunk, Umlaut und WIK, vom 14. November 2019, S. 43.

geförderten Infrastrukturen. Sie leitet jedoch diesbezüglich wie auch für die Festlegung eines tatsächlich diskriminierungsfrei durch alle interessierten MNB nutzbaren Übergabepunktes keine weitergehenden Empfehlungen ab. Vielmehr beschränkt sie sich darauf, dass aus Kostengründen die nächstgelegene Glasfaserinfrastruktur, bei der es sich regelmäßig um ein gefördertes Glasfaseranschlussnetz handele, gewählt werden sollte.

Dies greift jedoch mit Blick auf die wettbewerblichen Implikationen zu kurz. Richtigerweise sieht der Entwurf der Förderrichtlinie vor, dass die Anbindung eines Standorts mit Leerrohren einschließlich unbeschalteter Glasfaser bis zu einem *geeigneten* Übergabepunkt förderfähig ist.⁴ Nur so lässt sich eine Chancengleichheit aller MNB und Standortbetreiber beim Wettbewerb um die Erschließung der weißen Flecken sicherstellen. Dabei lässt die Förderrichtlinie bisher jedoch offen, wie sich diese Chancengleichheit mit Blick auf die Glasfaseranbindung konkret gewährleisten lässt. Namentlich die Deutsche Telekom/DFMG werden hier leicht ihren Vorteil ausspielen können, den die Deutsche Telekom aufgrund ihrer marktmächtigen Position im Festnetzmarkt und ihrem weitmaschigen Glasfasernetz hat (welches bspw. den überwiegenden Teil der bundesweit 330.000 Kabelverzweiger erschließt). In nahezu allen Fällen werden diese Unternehmen geförderte Mobilfunkstandorte wesentlich günstiger anbinden können als die Wettbewerber. Die Kosten für einen Meter Glasfaseranbindung (passiv) werden von der Kostenstudie wie auch der WIK-Kurzstudie mit 85 EUR veranschlagt; bei einer um 2 km längeren Glasfaseranbindung müssen die Wettbewerber ein um 170.000 EUR höheres Angebot abgeben bzw. entsprechende Kosten tragen.

Dieses Problem lässt sich nur beheben, wenn im Förderrahmen der Vorteil des Marktbeherrschers und seines Tochterunternehmens gegenüber den anderen Teilnehmern nivelliert wird. Dafür sind verschiedene Modelle denkbar. Will man das Ergebnis einer geförderten Duplizierung vorhandener (laut Empfehlung der WIK-Kurzstudie in der Regel sogar geförderter) Infrastruktur vermeiden, muss der Richtlinienggeber gewährleisten, dass den Wettbewerbern effektiver Zugang zur unbeschalteten Glasfaser (oder ggf. entsprechender Bandbreitenprodukte) zu angemessenen und diskriminierungsfreien Konditionen (inkrementelle Kosten) gewährt wird.

Dies würde nicht zuletzt auch dem beihilferechtlich gebotenen Open Access-Gedanken Rechnung tragen. Denn neben den Standortbetreibern als Zuwendungsempfänger sind auch die die geförderten Standorte nutzenden MNB Begünstigte der Mobilfunkförderung und sollten daher wechselseitig zur effektiven Zugangsgewährung verpflichtet werden. Mitnutzungsmöglichkeiten aus dem allgemeinen Regulierungs- bzw. Telekommunikationsrechtsrahmen sind dafür nicht hinreichend, weshalb es spezifischer Vorgaben im Kontext der vorliegenden Mobilfunkförderung bedarf. Mit Blick auf das aktuelle Gesetzgebungsverfahren zum Telekommunikationsmodernisierungsgesetz scheint sich an dieser Situation auch in Zukunft nichts zu ändern.

In diesem Zusammenhang ist auch erneut auf die erhebliche Diskrepanz zwischen dem Entwurf der Förderrichtlinie und den Eckpunkten von Juni 2020 hinzuweisen, welche durch die Empfehlung der WIK-Kurzstudie, das nächstgelegene Glasfasernetz für den Übergabepunkt zu wählen, noch verstärkt wird. Laut Förderrichtlinienentwurf ist ein Übergabepunkt dann geeignet,

⁴ Vgl. Ziff. 2.

„wenn der Datenverkehr der Mobilfunknetzbetreiber, die sich im vorbereitenden Verfahren zur Nutzung des Standortes verpflichtet haben, diskriminierungsfrei abgeführt werden kann“. Nach den Eckpunkten soll dagegen allen MNB/Standortbetreibern die gleiche Möglichkeit gewährt werden, sich an dem Förderverfahren zu beteiligen und die Standorte zu nutzen. Dies soll unabhängig davon erfolgen, ob sie ggf. einen Infrastrukturvorteil besitzen, der aus Zeiten vor Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes herrührt. In den Eckpunkten heißt es daher auch⁵:

*„(...) Gefördert wird die einmalige Planung und Errichtung von Mobilfunkstandorten einschließlich deren Erschließung mit Zuwegung, der Zuleitung und Errichtung der Stromversorgung und Leerrohr mit unbeschalteter Glasfaser **(bis hin zu einem für alle MNB geeigneten Übergabepunkt)**. Die Standorte müssen mindestens für die Nutzung durch alle direkt an der Nutzung interessierten MNB dimensioniert sein **und allen MNB diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen**. (...)“*

Die Diskriminierungsfreiheit muss sich also gerade auch auf die Belegenheit des Übergabepunktes beziehen. Diese wird jedoch dann nicht erreicht, wenn ohne effektive Zugangsmöglichkeiten stets die nächstgelegene Glasfaserinfrastruktur als Übergabepunkt gewählt würde. Vielmehr muss auch schon die Festlegung des Übergabepunktes für die geförderte Anbindung standortindividuell auf Basis der Bedarfe der jeweiligen MNB (z.B. an HVt, KVz, Glasfasertrassen entlang von Bahnstrecken, sonstige Glasfaser-PoPs) durch die MIG im Vorverfahren erfolgen und die Nutzungsmöglichkeit vorhandener Infrastruktur Dritter für die MNB für die Anbindung von dem Übergabepunkt in ihre rückwärtigen Netze zu inkrementellen Kosten sichergestellt werden. Für den Fall, dass eine Anbindung über Richtfunk für einen MNB kostengünstiger zu realisieren ist als die Nutzung einer (ggf. von Dritten anzumietenden) Glasfaseranbindung von dem Übergabepunkt der geförderten passiven Infrastruktur zu seinem rückwärtigen Netz, muss zudem die Möglichkeit der Nutzung einer Richtfunkanbindung gewährleistet sein (s.o.).

- **Anrechnungsausschluss auf aktuelle Versorgungsaufgaben beschränken, technisch bedingtes Überstrahlen in Auflagengebiete muss förderunschädlich sein**

Die Kurzstudie des WIK stellt fest, dass die MNB nur wenig Anreize haben, sich an der Mobilfunkförderung des Bundes zu beteiligen, da sie bei einer Partizipation vor hohen Kosten stehen (siehe Ausführungen/Fußnote 1 oben). Laut der Studie könnte ein Anreiz zur Beteiligung allerdings sein, zukünftige Versorgungsaufgaben im Rahmen anstehender Frequenzuteilungen zu vermeiden.

Dass diesem Umstand im Falle einer Beteiligung der MNBs am Förderprogramm aber Rechnung getragen wird, ist zum aktuellem Zeitpunkt keineswegs absehbar, da die Diskussion um zukünftige Frequenzuteilungen gerade erst begonnen hat. Auch im politischen Raum läuft die Diskussion im Rahmen der TKG-Novelle und dem anstehenden Bundestagswahlkampf an, und es sind vermehrt Stimmen zu vernehmen, die höhere Versorgungsaufgaben fordern. So hat etwa die CDU/CSU-

⁵ Vgl. Ziff. 5.

Bundestagsfraktion ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, dass sich mit weitergehenden Versorgungsaufgaben hin zu einer Flächendeckung auseinandersetzt.⁶

Um als MNB den größtmöglichen Anreiz für eine Beteiligung zu haben, sollte daher aus Sicht von Vodafone ein Anrechnungsausschluss auf aktuelle Versorgungsaufgaben beschränkt sein. Dies ist aber gemäß Ziff. 4.2 des Entwurfs der Förderrichtlinie so nicht vorgesehen. Demnach dürfen die von den MNB zu errichtenden Mobilfunkeinrichtungen an den ausgebauten Standorten nicht zum Nachweis der Erfüllung von Versorgungsaufgaben oder vertraglichen Ausbaupflichtungen verwendet werden.

Ein solch allgemeiner, für alle Zukunft fortwirkender Ausschluss der Anrechenbarkeit ist jedoch nicht sachgerecht. Die Ausbaustrebungen der MNB zur Erfüllung der aktuellen Versorgungsverpflichtungen – auch und gerade in „weißen Flecken“ – aus den 2019-Auktionsregeln werden zu einem erheblichen Teil ohnehin bereits abgeschlossen sein, wenn die Inbetriebnahme der aktiven Technik an den errichteten Standorten erfolgen kann. In Bezug auf etwaige künftige Versorgungsverpflichtungen muss jedoch auch für diese Standorte eine Verwendung zum Nachweis ihrer Erfüllung möglich sein. Zudem muss ein technisch unvermeidbares Überstrahlen von Versorgungsaufgaben erfassten Gebieten durch geförderte Masten unschädlich sein, wie es insofern auch Nr. 7.4 Abs. 2 der hessischen Mobilfunkförderrichtlinie⁷ vorsieht.

- **Clusterung von Standorten darf Realisierung nicht behindern**

Abschließend möchten wir anmerken, dass die Bündelung von mehreren zu errichtenden Standorten in ein Förderverfahren das Risiko bergen kann, dass Hürden und Verzögerungen für einzelne Standorte die Realisierung des Fördererfolgs für alle in dem jeweiligen Cluster zusammengefassten Standorte gefährden kann. Der Entwurf der Förderrichtlinie sieht für das vorbereitende Verfahren und den Ablauf des Förderverfahrens vor, dass mehrere weiße Flecken zu potenziellen Fördergebieten zusammengefasst werden sollen und dass Förderaufrufe für Projektgebiete veröffentlicht werden sollen, für die sich zeitnah erschließbare Standorte abgezeichnet haben. Sollten sich jedoch Probleme – etwa bei der Erteilung erforderlicher öffentlich-rechtlicher Genehmigungen oder bei der Akquise geeigneter Liegenschaften – in Bezug auf einzelne Standorte ergeben, die sich wiederum negativ auf die Realisierung aller anderen Standorte des betreffenden Clusters bzw. Förder-/Projektgebietes auswirken, so würde mit der Zusammenfassung von Standorten das Ziel einer schnellen Verbesserung der Mobilfunkversorgung konterkariert.

⁶ Vgl. Stellungnahme „Flächendeckende Mobilfunkversorgung als gesetzlicher Auftrag für die Frequenzregulierung“ von Prof. Dr. Matthias Cornils für die BT-Anhörung am 1.3.2021, abrufbar unter https://www.bundestag.de/resource/blob/824466/e32905f23bb6f8978a0f10b6ce3c5806/19-9-972_Stellungnahme_SV_Prof_Dr_Cornils_JGU_oeA_TKG-data.pdf.

⁷ Richtlinie zur Förderung des Ausbaus der Mobilfunkversorgung im Land Hessen vom 17.11.2002, abrufbar unter https://redaktion.hessen-agentur.de/publication/2020/3271_20201125HessischeMobilfunkrichtliniefinal.pdf.